

## LEITARTIKEL



## Artensterben

## Wir können es stoppen

■ Von Werner Kolhoff

Simple Psychologie ist der Grund dafür, dass die meisten Menschen die dramatischen Nachrichten über das beschleunigte Artensterben schnell verdrängen werden. Man kann ja doch nichts machen. Gelesen, vergessen. Genau wie die Klimakrise ist dieses Thema zu groß für den Einzelnen. Auch, weil der Einzelne tatsächlich ja kaum Schuld an der Entwicklung trägt; es ist die Masse der sieben Milliarden Menschen.

Es ist simple Ökonomie, dass es so gekommen ist. Der Mensch mache sich die Erde untertan, also auch alles Getier und alle Pflanzen. Immer mehr, immer intensiver, immer ausgeklügelter – es gibt buchstäblich keine Region mehr, die nicht wirtschaftlich ausgebeutet wird, und sei es als Müllkippe. Der Kostendruck zwingt zu immer größeren Mengen, also zu immer mehr Rücksichtslosigkeit.

Tiere und Pflanzen gestalten ihre Umwelt nicht bewusst, jedenfalls nicht in großem Stil. Das kann nur der Mensch. Der miserable Zustand von Flora, Fauna und Klima spiegelt also wider, wie wir sind: unsere Maßlosigkeit und die perverse Lust an Ressourcenverschwendung.

Es ist simple Politik, das zu stoppen. Wie man alles stoppen kann, was menschengemacht ist. Das beginnt im Kleinen, in den Regionen. Noch finden es ja manche witzig, in Büttens- und Parteitagsreden über Leute herzufallen, denen die Mopsfledermaus wichtiger ist als eine neue Autobahn. Hohoho. Fabrik oder Feldhamster: Was wollt ihr lieber? Hohoho.

Wer so redet, sollte sich künftig schämen müssen. Keine Insekten heißt: keine Vögel und keine Mopsfledermaus. Dann aber auch keine Bestäubung, keine Pflanzen, keine Nahrungsmittel, keine Medikamente. Am Ende: keine Menschen. Das ist die Kaskade eines zusammenbrechenden Ökosystems, die uns droht. Die Menschheit, die so souverän an der Spitze der Pyramide zu stehen scheint, wird in Wahrheit nur von der Natur getragen. Ohne sie ist sie nichts.

Konkrete Politik heißt angesichts der dramatischen Nachrichten, den Artenschutz nun gleichrangig neben dem Klimaschutz in den Blick zu nehmen.

**Es gibt buchstäblich keine Region mehr, die nicht wirtschaftlich ausgebeutet wird.**

In den industrialisierten Ländern bedeutet das, noch weniger Kompromisse zu Lasten der Natur zuzulassen. Einfach gesagt: mehr Naturschutz, weniger Baugenehmigungen. Und warum gibt es nicht in jeder Gemeinde, in jedem Kreis und in jedem Land Festlegungen zur Begrenzung des Flächenverbrauchs, wenn der Bund es schon nicht schafft, ihn auf unter 50 Hektar pro Tag (!) zu senken?

Keiner muss übrigens den Bericht des Weltbiodiversitätsrats immer präsent haben, um sich an den Ernst der Lage zu erinnern. In Deutschland reicht es, sich beim nächsten Tankstopp zu überlegen, wann man zum letzten Mal den Insektenchwamm gebraucht hat.

## (G)Artenschutz



Karikatur: Tomicek

## Zwischen Zuspruch und Widerspruch

### Alternativer Entwurf zur Organspende vorgestellt

■ Von Stefan Vetter

Berlin (WB). In der Debatte um die Organspende sind die Alternativen jetzt klar: Eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten hat gestern einen Gesetzentwurf vorgestellt, der sich eng an das geltende Zustimmungsprinzip bei einer Organentnahme anlehnt.

Andere Abgeordnete hingegen favorisieren eine Widerspruchslösung. Beide Vorlagen sollen noch vor der Sommerpause erstmals im Bundestag diskutiert werden. Die Initiatoren der unterschiedlichen Gesetzentwürfe sind sich zumindest im Ziel einig: Es braucht dringend mehr Spender. In Deutschland stehen etwa 10.000 Patienten auf der Warteliste für ein lebenswichtiges Organ. Im Schnitt stirbt alle acht Stunden ein Betroffener, weil keine passende Niere, Lunge oder Leber zur Verfügung steht. Der Weg zur Erhöhung der Spendebereitschaft ist allerdings umstritten. Derzeit gilt hierzulande die »Entscheidungslösung«: Eine Organentnahme ist nur bei ausdrücklicher vorheriger Zustimmung möglich.

Daran will eine Parlamentariergruppe um Annalena Baerbock (Grüne), Katja Kipping (Linke) und Karin Maag (CDU) sowie weiteren Abgeordneten grundsätzlich festhalten. Nach dem gestern von ihnen vorgestellten Gesetzentwurf soll aber die Aufklärung gestärkt und ein bundesweites Online-Re-

gister eingeführt werden. Darin kann jeder Bürger mit einem PIN- und TAN-gestützten Verfahren wie beim Online-Banking seine Entscheidung zur Organspende selbst eintragen. Bei der Beantragung des Personalweises sollen die Behörden darauf hinweisen. Gleichzeitig sollen Hausärzte alle zwei Jahre über Organspenden informieren und ihre Patienten zur Eintragung in das Online-Register ermutigen. Es soll aber keine Pflicht zur Entscheidung geben.

Ein bereits Anfang April vorgestelltes Gesetzentwurf hingegen, das von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach mitgetragen wird, sieht die Einführung einer Widerspruchslösung vor: Jeder Bürger soll ein potenzieller Organspender sein, sofern er sich nicht zu Lebzeiten dagegen ausgesprochen hat. Zur Dokumentation

dieser Entscheidung soll es ein Register geben.

Baerbock machte deutlich, dass das Selbstbestimmungsrecht in dem alternativen Entwurf stärker Beachtung finde als bei der Widerspruchslösung. Kipping verteidigte das Freiwilligkeitsprinzip mit dem Hinweis, dass sich möglichst viele Menschen für ein Ja zur Organspende entscheiden sollten, während die Widerspruchslösung darauf setze, das möglichst wenige Nein sagten.

Andere Abgeordnete hielten den Anhängern des Gesetzentwurfs zur Widerspruchslösung vor, dass dort nur abgefragt werde, ob ein erklärter Wille vorliege, aber nicht welcher. Außerdem sei die einmal getroffene Entscheidung im Gegensatz zur alternativen Gesetzesvorlage nicht mehr veränderbar. Petra Sitte, Linke-Abgeordnete und Mitinitiatorin der Widerspruchslösung, wies diese Kritik zurück. Auch in diesem Falle können man den Widerspruch »jederzeit zurücknehmen«, sagte sie dem WESTFALEN-BLATT. Zugleich räumte Sitte ein, dass bei dem Register noch eine »datenschutzrechtlich saubere Lösung gefunden werden muss«. Das betreffe aber beide Gesetzentwürfe.

Welcher Entwurf sich am Ende durchsetzt, bleibt offen. Möglich ist auch, dass wegen des Verzichts auf den sonst üblichen Fraktionszwang keine der beiden Vorlagen eine parlamentarische Mehrheit findet und es dann bei der geltenden Regelung bleibt. Der Bundestag will im Herbst abstimmen.



Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock

## Tausende sollen geimpft werden

### Masern: Gesundheitsministerium rechnet mit Mehrausgaben von 20 Millionen Euro

Berlin (dpa). Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat Geldbußen von bis zu 2500 Euro bei der geplanten Masern-Impfpflicht in Kitas und Schulen verteidigt. Sanktionen sollen sich aber danach richten, wie schwer die Verstöße sind, machte er deutlich. »Wer hartnäckig und dauerhaft trotz mehrfacher Aufforderung einer Pflicht nicht nachkommt, der wird anders behandelt als jemand, der es einfach nur vergessen hat.« Bei einer Impfpflicht zum Gesundheitsschutz müsse es auch Sanktionen geben, sagte Spahn. »Das ist wie im Straßenverkehr.« Wenn man wegen zu schnellen Fahrens erwischt wer-

de, sei ein Bußgeld zu zahlen. In den seltensten Fällen dürfte aber überhaupt ein Bußgeld verhängt werden, weil die allermeisten Menschen ihr Kind wohl nach einer ersten Aufforderung doch impfen ließen. In anderen Fällen sei dann je nach Verhältnismäßigkeit vor Ort zu entscheiden.

Einem Entwurf des Ministeriums zufolge soll die Freiwilligkeit von Schutzimpfungen gegen Masern für bestimmte Gruppen aufgehoben werden, um »eine höhere Durchimpfungsrate« zu erreichen. Ab März 2020 soll eine Impfpflicht für Kinder und das Personal in Kitas und Schulen kommen, außerdem für Beschäf-

tigte in medizinischen Einrichtungen. Die Pflicht soll nur für Impfungen gegen Masern gelten, auch wenn es dafür derzeit nur Kombinationsimpfstoffe gibt, die meist zugleich gegen Mumps und Röteln immunisieren. Sind Kinder nicht gegen Masern geimpft, sollen sie vom Kita-Besuch ausgeschlossen werden können. Reicht bei Schulkindern der Impfstatus nicht aus, muss die Schule dies dem Gesundheitsamt melden, das dann Bußgelder veranlassen kann.

Zu konkreten Auswirkungen hat das Ministerium vorerst nur Schätzungen angestellt. Im ersten Jahr seien wohl 79.000 zusätzliche Impfungen bei Kita-Aufnahmen

## PRESSESTIMMEN

## THE JERUSALEM POST

Nach Raketenangriffen soll der Waffenstillstand zwischen Israel und Palästinensern halten. Die »Jerusalem Post« aus Israel meint: »Hamas und andere Terroristen glauben, sie könnten die Agenda bestimmen und darüber entscheiden, wann wir kämpfen und wann nicht. Eines der Ziele von Terrorismus ist es ja gerade, Furcht und Schrecken unter Zivilisten zu säen. Doch Israel im ganzen Land haben ein Recht auf eine Normalität ohne Raketen und Krieg. Wir sollten Hamas und den Islamischen Dschihad hart treffen und ihnen zeigen, dass sie unseren Geist und unsere Lebensart nicht auslöschen können.«

## GULF NEWS

Die »Gulf News« aus Dubai schreibt: »Die Kämpfe waren die schlimmsten seit einiger Zeit, aber daraus dürfte kaum ein größerer Krieg werden. Die Hamas ist im Augenblick schwach, und Israel ist Gastgeber des Eurovision Song Contest. Keine der beiden Seiten hat Interesse an einer Eskalation. Das israelische Militär bricht mit einem rücksichtslosen Einsatz von Gewalt internationales Recht. Die Feigheit und Selbstgefälligkeit der internationalen Gemeinschaft dauern nun schon lange genug. Zu viele unschuldige Palästinenser sind getötet worden, ohne dass das Konsequenzen gehabt hätte.«

## Neue Zürcher Zeitung

Die »Neue Zürcher Zeitung« aus der Schweiz kommentiert: »Es ist das tödliche Ritual, das man seit Jahren kennt. Erst – und das ist von entscheidender Bedeutung – fliegen aus dem Gazastreifen Hunderte Raketen in Richtung Israel. Die israelische Armee schlägt zurück, wobei Menschen ums Leben kommen und viel zerstört wird. Darauf »verurteilt« die Weltgemeinschaft je nach Gusto und Standpunkt entweder die eine, die andere oder beide Seiten. In Deutschland wird unterstrichen, Israel habe ein Recht auf Selbstverteidigung, solle beim Zurückschlagen aber maßhalten.«



Die israelische Zeitung »Haaretz« analysiert: »Ministerpräsident Netanjahu hatte unzählige Gelegenheiten, die Blockade zu lockern und Geld und Baumaterial in die Region zu lassen. Wirtschaftliches Wohl kann den Wunsch der Palästinenser nach einem unabhängigen Staat nicht ersetzen. Es kann aber einen vernünftigen Status Quo herstellen. Netanjahu lügt wissentlich, wenn er militärische Mittel als ultimative Lösung anbietet. Er kann und muss die diplomatische Initiative ergreifen und der Hamas einen angemessenen Plan vorlegen.«

## KOMMENTARE

## Mehrehen

## Ein Unding

Man fragt sich, was Katarina Barley dazu gebracht haben könnte. Warum hat ihr Justizministerium aus einem Gesetzentwurf des Innenministeriums den Passus gestrichen, dass Ausländer, die in einer Mehrehe leben, nicht eingebürgert werden dürfen?

Es ist ja für sich schon ein Unding, dass unser Staat – also Politik und Behörden – muslimische Polygamie duldet. Nämlich dann, wenn solche Mehrehe vor der Einreise nach Deutschland Bestand gehabt haben oder in Deutschland vor einem Imam geschlossen worden sind.

Und es ist ein Skandal, dass Vielehen mit Hartz-IV-Zahlungen alimentiert werden, weil die Agentur für Arbeit eine nicht als Partnerin anerkannte Zweit-, Dritt- oder Viertfrau als eigenständige Bedarfsgemeinschaft führt – und zahlt. Hier könnte nur eine Änderung des SGB II Abhilfe schaffen.

Wer dann als Ministerin auf die Idee kommt, die Einbürgerung von in Polygamie lebenden Ausländern nicht aktiv zu verhindern, der sollte sich den geleisteten Amtseid besser noch einmal ganz genau durchlesen.

Andreas Schnadwinkel

## Digitale Schulen

## Das geht so nicht

Mit Blick auf die Digitalisierung hinken die Schulen in Nordrhein-Westfalen dem Bundesschnitt hinterher. Kaum zu glauben: Laut einer Umfrage hat an jeder zweiten der in NRW befragten Schulen gar keine Lehrkraft einen Dienst-Computer.

Es steht außer Frage, dass hier dringend nachgebessert werden muss. Viele Lehrer in NRW sind es seit langem gewohnt, improvisieren zu müssen. Guten Unterricht mit unzureichenden Mitteln zu machen, ist so etwas wie ihre Paradedisziplin geworden. Aber auch die kreativsten Pädagoginnen und Pädagogen sind machtlos, wenn sie in Bezug auf die

Ausstattung noch in der oft bemühten Kreidezeit feststecken.

Viele Schulleiter wollen nicht auf die private Ausstattung der Schüler und Lehrer zurückgreifen – und das ist gut so. Zu unterschiedlich wären die Startbedingungen. Die Schulen müssen mit der notwendigen Technik und einer sicheren digitalen Infrastruktur ausgestattet werden. Die vom Landesschulministerium angestrebte flächendeckende Einführung der digitalen Plattform »Logineo« ist ein guter Anfang. Bildung ist unser wichtigster Rohstoff, bei der Förderung darf uns kein ausgegebener Euro zu viel sein. Jan Gruhn